

# Inhalt

Einleitung.....	17
A. Problemstellung.....	17
B. Gang der Untersuchung, Methode und Aufbau der Arbeit .....	19
C. Themeneingrenzung .....	20
D. Stand der bisherigen Forschung.....	21
 § 1 Geschichte des Untersuchungsrechts .....	 23
A. Rechtsquellen für das Verfahren der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages .....	 23
I. Das Untersuchungsrecht im Kaiserreich.....	23
II. Das Untersuchungsrecht in der Weimarer Republik.....	23
1. Der Einfluss von Max Weber.....	24
2. Art. 34 WRV .....	24
III. Der Verfassungskonvent von Herrenchiemsee 1948 .....	25
IV. Der Parlamentarische Rat .....	26
V. Art. 44 Abs. 1 GG .....	26
B. Bestrebungen für die Schaffung einer Verfahrensordnung für die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse .....	 27
I. Entwürfe zu gesetzlichen Regelungen und zur Reform der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse .....	 28
1. IPA-Regeln .....	30
2. Das späte Zustandekommen eines Untersuchungsausschussgesetzes.....	32
II. Verfahrensgesetz zum Untersuchungsrecht im Bundestag .....	33
1. Regelungsvorbehalt des Art. 44 Abs. 1 GG? .....	34
2. Gesetz zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages (PUAG) .....	35

<b>§ 2 Rechtsquellen für öffentliche Verhandlungen des Deutschen Bundestages .....</b>	<b>37</b>
<b>A. Öffentliche Verhandlungen des Parlaments .....</b>	<b>37</b>
I. Die Paulskirchenverfassung der Nationalversammlung 1848/1849 .....	38
II. Reichsverfassung von 1871 .....	38
III. Weimarer Reichsverfassung von 1919 .....	39
IV. Grundgesetz von 1949 .....	39
1. Öffentlichkeitsfunktionen.....	40
2. Nichtöffentliche Sitzungen der Bundestagsausschüsse .....	43
<b>B. Öffentlichkeit der Beweiserhebungen von Untersuchungsausschüssen .....</b>	<b>46</b>
I. Rechtsquellen .....	47
1. Weimarer Reichsverfassung.....	47
2. Der Parlamentarische Rat.....	48
II. Art. 44 Abs. 1 S. 1 GG .....	49
III. Bedeutung der Öffentlichkeit für das Untersuchungsverfahren .....	50
1. Kontrolle.....	51
2. Transparenz .....	52
3. Bedeutung der öffentlichen Beweisaufnahme für die Minderheit im Untersuchungsausschussverfahren .....	54
4. Kritik an der Sitzungsöffentlichkeit.....	56
IV. Ausschluss der Öffentlichkeit, Art. 44 Abs. 1 S. 2 GG.....	57
<b>C. Die Öffentlichkeitsregelungen des Gesetzes zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages (PUAG) .....</b>	<b>58</b>
I. § 13 PUAG.....	58
1. Grundsätzliche Öffentlichkeit der Beweiserhebung.....	59
2. Die Möglichkeit von Ton- und Bildübertragungen.....	59
II. § 14 PUAG.....	62
1. § 8 IPA-Regeln .....	62
2. Die Ausschlussgründe des § 14 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 PUAG .....	63
3. Ausschussbeschluss gemäß § 14 Abs. 4 PUAG .....	64
III. Bewertung der Öffentlichkeitsregelung des PUAG .....	68

§ 3 Der Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages.....	71
A. Art. 45 a GG.....	71
I. Geschichtlicher Hintergrund.....	72
II. Wehrverfassung.....	72
III. Ausschuss für Verteidigung .....	74
B. Art. 45 a Abs. 2 GG: Der Verteidigungsausschuss als Untersuchungsausschuss .....	74
I. Enquête-Befugnis.....	75
II. Verfahrensregeln des Verteidigungsausschusses als Untersuchungsausschuss .....	76
1. Art. 45 a Abs. 2 S. 1 GG.....	76
2. Art. 45 a Abs. 3 GG.....	77
C. Der Verteidigungsausschuss als Untersuchungsausschuss innerhalb des PUAG .....	87
I. Allgemeine Regelungen .....	87
II. Spezielle Regelungen hinsichtlich der Verfahrensöffentlichkeit? .....	88
1. Entwicklung des Verteidigungsausschusses als Untersuchungsausschuss innerhalb der Entwürfe für eine Verfahrensordnung für das Recht der Untersuchungsausschüsse.....	89
2. Kritik seitens der Literatur.....	91
3. Bewertung.....	91
III. Berichtspflicht an den Bundestag.....	92
1. Gegner .....	93
2. Befürworter.....	94
3. Stellungnahme.....	95
IV. Keine Diskontinuität im Falle des Verteidigungsausschusses als Untersuchungsausschuss .....	96
§ 4 Praxis des Verteidigungsausschusses als Untersuchungsausschuss .....	99
A. Praxis des Verteidigungsausschusses als Untersuchungsausschuss vor Inkrafttreten des Gesetzes zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages (PUAG) .....	99

I.	1. Untersuchungsausschuss gemäß Art. 45 a Abs. 2 GG der 2. Wahlperiode Äußerungen des Generalmajors Paul Hermann am 13. August 1956 über Kriegsdienstverweigerer .....	100
II.	2. Untersuchungsausschuss gemäß Art. 45 a Abs. 2 GG der 2. Wahlperiode Vorwürfe gegen Abgeordnete im Zusammenhang mit Rüstungsaufträgen .....	101
III.	1. Untersuchungsausschuss gemäß Art. 45 a Abs. 2 GG der 4. Wahlperiode Dokumentenaffäre ( <i>Spiegel</i> ): Weitergabe geheimhaltungsbedürftiger Vorgänge aus dem Verteidigungsausschuss an Unbefugte .....	101
IV.	1. Untersuchungsausschuss gemäß Art. 45 a Abs. 2 GG der 5. Wahlperiode Tödlicher Unfall des Starfighter-Piloten Siegfried Arndt .....	104
V.	1. Untersuchungsausschuss gemäß Art. 45 a Abs. 2 GG der 8. Wahlperiode Spionagefall Lutze/Wiegel .....	105
	1. Der Beschluss zum Verfahren im Falle des Art. 45 a Abs. 2 GG des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung der 8. Wahlperiode .....	106
	2. Interpretation des Beschlusses durch den Untersuchungsausschuss .....	108
	3. Bewertung .....	108
VI.	2. Untersuchungsausschuss gemäß Art. 45 a Abs. 2 GG der 8. Wahlperiode Krawalle in Bremen anlässlich des öffentlichen Gelöbnisses von Soldaten am 6. Mai 1980 .....	110
VII.	1. Untersuchungsausschuss gemäß Art. 45 a Abs. 2 GG der 9. Wahlperiode Finanzierungsprobleme des Waffensystems „Tornado“ .....	111
VIII.	1. Untersuchungsausschuss gemäß Art. 45 a Abs. 2 GG der 10. Wahlperiode Prüfung der Grundlagen der vorzeitigen Zurrücksetzung des Generals Dr. Kießling .....	113
IX.	1. Untersuchungsausschuss gemäß Art. 45 a Abs. 2 GG der 11. Wahlperiode Unglück bei den Flugtagen in Ramstein und Nörvenich .....	114
X.	1. Untersuchungsausschuss gemäß Art. 45 a Abs. 2 GG der 13. Wahlperiode Untersuchung zu rechtsextremistischen Vorkommnissen an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg und an anderen Standorten der Bundeswehr .....	116

XI. Zusammenfassende Bewertung.....	117
B. Praxis des Verteidigungsausschusses als Untersuchungsausschuss nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages (PUAG) .....	119
I. 1. Untersuchungsausschuss gemäß Art. 45 a Abs. 2 GG der 16. Wahlperiode Misshandlungsvorwurf des ehemaligen Guantánamo-Häftlings Murat Kurnaz gegenüber Angehörigen des Kommandos Spezialkräfte im US-Gefangenenlager Kandahar, Afghanistan .....	119
1. Vorgeschichte.....	119
2. Rechtsgrundlagen für die Arbeit des Untersuchungsausschusses .....	120
3. Öffentlichkeit / Nichtöffentlichkeit der Sitzungen.....	120
II. 1. Untersuchungsausschuss gemäß Art. 45 a Abs. 2 GG der 17. Wahlperiode Untersuchung zur Informationspolitik der Bundesregierung in Bezug auf Abläufe und Folgen des Bombardements von zwei entführten Tanklastern im Kunduz-Fluss am 4. September 2009 .....	124
1. Vorgeschichte.....	124
2. Besonderheit: Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen auf die Konstituierung als Untersuchungsausschuss .....	125
3. Die Öffentlichkeitspraxis im Untersuchungsausschuss Kunduz .....	128
III. Mögliche Verletzung von Minderheitenrechten durch die Öffentlichkeitspraxis des Untersuchungsausschusses .....	153
1. Recht der Minderheit im Untersuchungsausschuss auf Mitwirkung an der Beweisaufnahme .....	153
2. Recht der Minderheit auf Durchführung einer öffentlichen Beweisaufnahme .....	159
3. Recht der Ausschussminderheit auf willkürfreie Entscheidung über die Durchführung öffentlicher Beweisaufnahmen.....	161
4. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hinsichtlich der Minderheitenrechte im Parteispendenuntersuchungsausschuss .....	162
5. Verletzung des Rechts der Ausschussminderheit auf willkürfreie Entscheidung hinsichtlich der Durchführung öffentlicher Beweisaufnahmen im Verteidigungsausschuss.....	166

6. Bewertung.....	174
IV. Rechtsschutzmöglichkeiten der Minderheit.....	175
1. Die Einsetzung eines weiteren Untersuchungsausschusses.....	175
2. Rechtsschutzmöglichkeiten im PUAG.....	179
3. Organstreitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht gemäß Art. 93 Abs. 1 Nr. 1 GG in Verbindung mit § 13 Nr. 5 BVerfGG.....	181
4. Geschäftsordnungsausschuss des Deutschen Bundestages.....	183
5. Zusammenfassung.....	185
V. Zusammenfassende Bewertung der Öffentlichkeitspraxis des „Kunduz-Untersuchungsausschusses“ vor dem Hintergrund des PUAG.....	186
1. Lösungsansätze für das Problem des Ausschlusses der Öffentlichkeit im Verteidigungsausschuss als Untersuchungsausschuss.....	187
2. Stellungnahme.....	198
C. Zusammenfassender Vergleich der Öffentlichkeitspraxis des Verteidigungsausschusses als Untersuchungsausschuss vor und nach Inkrafttreten des PUAG.....	200
§ 5 Geheimschutz.....	203
A. Geheimschutzproblematik innerhalb der Untersuchungsausschüsse gemäß Art. 44 Abs. 1 GG mit sicherheitsrelevantem Untersuchungsgegenstand.....	204
I. „Telefon-Abhörraffäre“, 1963.....	204
II. „Nachrichtendienste“, 1968/1969.....	205
III. „Spionageabwehr-Untersuchungsausschuss“, 1985/1986.....	205
IV. „BND-Untersuchungsausschuss“, 2006/2009.....	206
V. „NSU-Untersuchungsausschuss“, 2012/2013.....	208
VI. Stellungnahme.....	213
B. Geheimschutz innerhalb des Verteidigungsausschusses als Untersuchungsausschuss.....	214
I. Kollision von Geheimhaltung und Pressefreiheit.....	217

II. Was bedarf der Geheimhaltung? .....	218
III. Ergebnis der Gegenüberstellung .....	220
 Zusammenfassende Betrachtung.....	 223
Literaturverzeichnis .....	227
Thesen .....	243